

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1983

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1983



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

1. Mai-Rede 2019, in Winterthur und Altdorf Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Wir feiern die Arbeit nicht ohne Grund. Denn Arbeit – sei sie bezahlt oder unbezahlt, abhängig oder selbständig, körperlich oder geistig – Arbeit macht uns Menschen aus.

Wir arbeiten, um zu leben. Das war schon immer so, lange bevor es Märkte gab, oder gar den Kapitalismus. Und das ist auch im 21. Jahrhundert so. Zwar geistert die Fantasie einer vollständig digitalisierten, automatisierten Wirtschaft ohne lebendige Arbeit durch die Medien. Aber mit unserer gesellschaftlichen Realität hat dies kaum etwas zu tun. Die Arbeit wird sich sicherlich verändern, sie wird uns aber nicht ausgehen.

Die Frage nach «guter Arbeit» ist und bleibt darum die entscheidende gesellschaftliche Zukunftsfrage. Sie ist auch die Frage nach einem «guten Leben». Die Gewerkschaften sind die Organisationen der arbeitenden Menschen. Wir müssen uns der Frage nach «guter Arbeit» stellen und sie auf der Höhe der Zeit beantworten.

Die meisten Menschen wünschen sich eine möglichst sinnvolle Arbeit unter anständigen Bedingungen, die ihnen und ihren Angehörigen ein würdiges Leben ermöglicht. Leider sieht die Realität anders aus. Ein paar konkrete Beispiele:

- Ihr habt sicher diese Woche vom Dumping-Skandal auf der Ceneri-Baustelle gelesen: Doppelschichten von 16 bis 17 Stunden täglich; erzwungene Lohnrückzahlungen an die Arbeitgeber, um Kontrollen zu umgehen; Löhne um 50 Prozent unter dem vertraglich garantierten Mindestlohn: Solche extreme Ausbeutung gibt es leider in etlichen Risiko-Branchen.
- Oder bei ABB: Oben reiht das überbezahlte Management Fehlentscheide aneinander, unten müssen Hunderte um ihren Job fürchten. Die Produktion wird von Genf nach Polen verlagert, die Stromnetzsparte an Hitachi verhöckert, und die Aktionäre streichen 8 Milliarden Gewinn ein.
- Auch Staatsbetriebe machen es nicht besser. Bei der SBB hat sich die Zahl der Temporärangestellten in den letzten Jahren verdreifacht. Zum Teil warten die Leute schon seit 16 Jahren und mehr auf eine Festanstellung. Jetzt wird dem Reinigungspersonal, das die Zug-WCs putzt, auch noch eine kleine, aber für sie wichtige Zulage gestrichen. Und oben bezieht SBB-Boss Meyer sein Millionen-Salär.

Die Abzocker-Initiative hat hier gar nichts bewirkt. Bei den Banken und Konzernen schon gar nicht. Nach wie vor schöpfen die Ermottis und Thiams ihre Zig-Millionen an Vergütungen und Boni ab. Überall ist es das Gleiche. Oben wird abgesahnt. Unten werden die Angestellten gegängelt, ausgebeutet, prekariert.

Etwas läuft ganz grundsätzlich falsch.

Der globale Finanzcrash von 2008 und das seither andauernde Krisenjahrzehnt zeigen schonungslos, WAS da falsch läuft: Der Markt ist keineswegs der Heilsbringer, der uns in eine blühende Zukunft führt. Ganz im Gegenteil: Märkte ohne Regeln funktionieren nicht. Sie führen nur dazu, dass wir Menschen der Wirtschaft unterworfen werden, statt dass umgekehrt, die Wirtschaft unseren Bedürfnissen dient.

(Erstens) Statt sozialem Ausgleich und Integration erleben wir eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen. Und statt Gleichberechtigung eine dauerhafte oder sogar verstärkte Diskriminierung von Frauen, Migrant/innen und Minderheiten.

Das gilt auf globaler Ebene. Das gilt aber auch in der reichen Schweiz. Auch hier nimmt die soziale Ungerechtigkeit zu: Das reichste Prozent, die Superreichen besitzen bereits 42% des gesamten Privatvermögens in der Schweiz. Wird diese Entwicklung nicht gebremst, werden sie in zehn Jahren schon mehr als die Hälfte aller Vermögen besitzen. Derweil sind über 600'000 Menschen in der Schweiz von Armut betroffen. Dazu gehören auch Working poor, die trotz Arbeit schlicht zu tiefe Löhne erhalten, um davon leben zu können.

Die Ungerechtigkeit hat auch ein Geschlecht. Wir Frauen verdienen auch in der reichen Schweiz im Schnitt immer noch 17% weniger als unsere männlichen Kollegen. Das ist der Schnitt. Im gewerkschaftlichen Alltag treffen wir oft noch krassere Fälle an. Ganz aktuell das Beispiel zweier mutiger Frauen, die bei einer grossen Luxus-Ladenkette arbeiten. Sie haben gegen ihren Arbeitgeber geklagt und verlangen Gerechtigkeit, denn ihre männlichen Arbeitskollegen erhalten für die gleiche Arbeit zwischen 24 und 33% mehr Lohn. Diese Ungerechtigkeit muss sich endlich ändern.

(Zweitens) Die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich und die Diskriminierung nach Geschlecht und Herkunft spalten die Gesellschaft. Spaltung ist der Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und aggressiven Nationalismus. Rechte Demagogen lenken die Angst vor sozialem Abstieg gegen Minderheiten und Migrant/innen. In immer mehr Ländern Europas erobern verdeckt oder sogar offen faschistische Kräfte institutionelle Machtpositionen. Ihr Vorbild ist die Politik von Trump und seiner Clique von Milliardären im Weissen Haus. Oder auch die von unserem Milliardär von Herliberg und seinen SVP-Truppen. Ihr kranker Plan: Steuern für die Reichen senken, soziale Sicherheit und Arbeitnehmerrechte abbauen, den Migrant/innen die Schuld geben, Mauern bauen, Grundrechte beschneiden.

(Drittens) Diese Leute opfern nicht nur den sozialen Zusammenhalt und die Grundrechte den Profitinteressen, sondern sogar die Zukunft künftiger Generationen. Wer den Klimaleugnern von Trump bis Köppel zuhört, muss sich fragen: Sind die eigentlich noch bei Trost? Klimakrise und Umweltverschmutzung haben immer krassere Auswirkungen auf das Leben von Milliarden von Menschen. Wer dies heute noch bestreitet, handelt nicht nur unverantwortlich, sondern verbrecherisch.

Dabei sind nicht nur die Klimaleugner das Problem: Die ganze Wirtschaft schliesst die Augen und droht unsere Existenzgrundlagen unwiderruflich zu zerstören. Die Politik versagt. Ausser schönen Absichtserklärungen und hie und da etwas Pflästerlipolitik bringt sie nichts zu Stande. Der überfällige ökologische Umbau der Wirtschaft wird auf die lange Bank geschoben.

Der Preis, den wir für diese soziale, politische und ökologische Dauerkrise zahlen müssen, wird immer höher. Wir müssen uns dagegen wehren.

Was bedeutet dies für uns und unseren Kampf für «gute Arbeit»?

Wir Gewerkschaften sind zuerst einmal pragmatische Organisationen. Wir arbeiten tagtäglich an vielen konkreten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder und der arbeitenden Menschen insgesamt:

- Wir schützen die arbeitenden Menschen in der Arbeitswelt.
- Wir kämpfen für würdige Mindestlöhne und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in Branchen- und Betriebsverträgen.
- Wir sorgen dafür, dass die Einhaltung der Gesetze und Verträge auch tatsächlich kontrolliert und in der Praxis durchgesetzt werden.
- Wir wehren die Angriffe ab auf Renten, Prämienverbilligungen, auf das Arbeitsgesetz, auf die Personenfreizügigkeit und den Lohnschutz.
- Wir kämpfen für die Rechte aller Arbeitnehmenden unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht.

Die Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmenden kommen von rechts. Manchmal von den Wirtschaftsliberalen. Zum Beispiel beim Entwurf zum Rahmenabkommen mit der EU, das die Grundpfeiler des Lohnschutzes in der Schweiz preisgibt. Manchmal von Seiten der Nationalisten. Zum Beispiel bei der SVP-Kündigungsinitiative, welche die Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen abschaffen will. Dagegen wehren wir uns auf der Basis starker Werte: Solidarität, sozialer Ausgleich, Gerechtigkeit, Freiheit, Nicht-Diskriminierung. Personenfreizügigkeit und Lohnschutz gehören untrennbar zusammen. Arbeitnehmerrechte haben Vorrang. Dafür stehen wir. Wir lassen uns nicht spalten.

Diese vielen konkreten Kämpfe sind notwendig. Die kleinen Schritte und Verbesserungen sind wichtig. Aber es braucht mehr. Es braucht grundsätzliche, radikale Veränderungen.

Wir Gewerkschaften müssen deshalb heute auch visionäre Organisationen sein. Unsere Forderung nach «guter Arbeit für alle» muss mehr beinhalten als anständige Löhne und Arbeitsbedingungen. Wir verlangen, dass die Arbeit insgesamt im Interesse der Menschen organisiert wird. Wir verlangen, dass ihre Früchte gerecht verteilt werden. Es geht um sozialen Ausgleich, gleiche Rechte, Demokratie und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Dies wird uns nicht geschenkt. Denn den notwendigen Veränderungen stehen mächtige Interessen entgegen. Wenn wir Grundsätzliches verändern wollen, dann müssen wir dafür gemeinsam eintreten.

Zusammenstehen und die Veränderungen so laut einfordern, dass wir nicht mehr überhört und übergangen werden können: auf der Strasse, in den Medien, in den Chefetagen, in den Institutionen. Unsere Forderungen sind einfach und vernünftig. Und wenn wir unsere Stimme gemeinsam erheben, können wir sie auch durchsetzen: Arbeitnehmende, Frauen, Junge, Migrant/innen. Darauf arbeiten wir hin:

- Im vergangenen Herbst streikten in der ganzen Schweiz über 15'000 Bauarbeiter, um ihre Arbeitsbedingungen und die Rente mit 60 zu verteidigen. Das ist uns gelungen auch dank der grossen Solidarität, die diese Bewegung in breiten Kreisen ausgelöst hat.

- Seit Monaten gehen zehntausende, vor allem junge Menschen für eine wirksame Klimapolitik auf die Strasse. Sie fordern einen Politikwechsel, um den Klimawandel zu stoppen. Dabei geht es um die Zukunft von uns allen.
- Bereits letzten September haben in Bern 20'000 Frauen und solidarische Männer für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung demonstriert.
- Und jetzt rufen wir gemeinsam mit Dutzenden von Organisationen zum Frauenstreik auf. Am 14. Juni ist es so weit! Am 14. Juni finden landesweit Aktionen und Streiks statt. Wir fordern Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit! Wir verlangen Gerechtigkeit, aber Subito: Schluss mit dem Skandal der Lohndiskriminierung der Frauen! Schluss mit den Tieflöhnen in sogenannten Frauen-Berufen! Unsere Geduld ist am Ende. Es geht um die grundsätzliche Frage, wie wir zusammenleben und -arbeiten. Es geht darum, wie die Arbeit verteilt wird. Es geht darum, dass Männer gleichviel Care-Arbeit übernehmen. Es geht um unser Recht, unsere Arbeitszeiten selbst zu gestalten. Wenn wir die Rechte der Frauen durchsetzen, dann profitiert die ganze Gesellschaft davon.

Ich danke euch, dass ihr euch am heutigen 1. Mai beteiligt. Dass ihr damit unseren sozialen, ökologischen und demokratischen Forderungen Gewicht verleiht. Nutzen wir diesen Tag der Solidarität, um Energie zu schöpfen für die kommenden Aufgaben: Organisieren wir uns! Engagieren wir uns! Beteiligen wir uns an den sozialen Bewegungen und fordern wir die dringend nötigen grundsätzlichen Veränderungen ein.

Nur so werden wir die Frage nach der «guten Arbeit» und dem «guten Leben für alle» beantworten können.